

II-7442 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ**

7208/1-Pr 1/89

3452/AB

1989-05-11

zu 3505/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 3505/J-NR/1989

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Graff und Kollegen (3505/J), betreffend Rechnungslegungsgesetz, beantworte ich wie folgt:

Der gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen vorbereitete Entwurf des Rechnungslegungsgesetzes ist am 2. Mai 1988 an rund 100 Stellen zur allgemeinen Begutachtung versandt worden. Das Ende der Begutachtungsfrist war mit 30.11.1988 angesetzt. 51 Stellen haben eine Stellungnahme erstattet, hievon 36 sehr umfangreiche. So umfassen etwa die Stellungnahmen der Bundeswirtschaftskammer, der Vereinigung österreichischer Industrieller, des Österreichischen Arbeiterkammertags insgesamt weit mehr als 100 Seiten. Seit 16.1.1989 tagt im Bundesministerium für Justiz ein Redaktionsausschuß, der in bisher 13 Sitzungen die eingelangten Stellungnahmen erörterte. Etwa Ende Mai d.J. wird der Entwurf überarbeitet sein und der Arbeitsgruppe "Rechnungslegung" im Bundesministerium für Justiz – die maßgeblich das Zustandekommen des Entwurfes bewirkte – zur Kenntnis gebracht werden. Dann sind noch Beratungen mit dem Bundesministerium für Finanzen, welches die Gegenstände Versicherungsaufsicht und Kreditwesen betreut, sowie den Bundesministerien für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, wirtschaftliche Angelegenheiten und

- 2 -

Arbeit und Soziales zu führen. Nach Abschluß dieser Besprechungen kann an die Endfassung des Entwurfes geschritten werden. Sollten keine unerwarteten Schwierigkeiten auftreten, ist mit der Einbringung in den Ministerrat im Herbst d.J. zu rechnen.

10. Mai 1989

